Deutschland und seine Nachbarn.

Als abschließendes Urteil über den Besuch König Eduards in Berlin kann man in allen englischen Zeitungen lesen, daß das

Verhältnis Deutschlands zu seinen Nachbarn

in ein neues Licht gerückt sei, nachdem die Monarchen vor aller Welt ihrem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und England immer freundschaftlicher werden möchten. Deutschland hat seit nahezu 40 Jahren versucht, mit seinen Nachbarn in Frieden, ja in Freundschaft zu leben; aber es ist nicht zu leugnen, daß die diplomatische Arbeit Englands in den letzten Jahren viel dazu beigetragen hat, in Frankreich, Rußland und in den Nordlanden (Schweden, Norwegen und Dänemark) Mißtrauen gegen Deutschland zu säen. Immer wieder wurde in London auf die wachsende

deutsche Flotte

gezeigt, von der man annehmen müsse, daß sie für den Angriff auf andre Staaten berechnet sei. Und die Mär wurde rings von unsern Nachbarn geglaubt. Auch das englische Volk, das unter seinen beschleunigten Flottenrüstungen seufzt, glaubt sie und bringt diesem Glauben Opfer über Opfer. Immer wieder aber treten einflußreiche Männer mit der Forderung auf, die Flottenrüstungen einzuschränken und zu diesem Zwecke ein Abkommen zwischen Deutschland und England herbeizuführen. In weiteren Kreisen hatte man geglaubt, daß König Eduards Besuch in Berlin Gelegenheit bieten würde, diese schwerwiegende Frage zu besprechen. Diese Annahme war irrig, wie die über diesen Punkt im englischen Unterhause abgegebenen Erklärungen des Premierministers Asquith zeigen. Er erwiderte auf eine Anfrage, ob der Regierung Anregungen nichtamtlicher Art, die von Deutschland ausgehen und die Einschränkung der Flottenrüstungen betreffen, bekannt sind, und ob der Besuch des Königs in Deutschland hoffen lasse, daß irgend eine derartige Regelung eingeleitet werde: „Mir sind solche nichtamtlichen Anregungen nicht vor Augen gekommen; soweit ich unterrichtet bin, hält die deutsche Regierung an den Gesichtspunkten fest, die sie uns bekanntgegeben hat, daß nämlich ihr Marine-Programm ihren eigenen Bedürfnissen gemäß festgesetzt ist und durch das, was wir tun, nicht in geringster Weise beeinflußt werden kann. Sie ist auch der Meinung, daß es natürlich ist, wenn wir diejenigen Schritte tun, die wir zum Schutze unsrer eigenen Interessen für notwendig halten. Daher sind wir

in Berlin zu keiner Abmachung gekommen.

Ich vertraue aber darauf, daß der Besuch des Königs es klargemacht hat, daß die Flottenausgaben nicht so aufgefaßt werden dürfen, als ob sie irgendeine Reibung zwischen beiden Ländern in sich schlössen."

Auf eine weitere Frage: Sollen wir annehmen, daß zwischen den Flottenbauprogrammen der beiden Mächte

kein Wettstreit

besteht, und daß die Flottenstärke der einen nicht davon abhängt, was die andre tut? erwiderte Asquith: „Ich wünsche nicht, daß das oder irgend etwas andres angenommen wird, was ich nicht gesagt habe." Demnach scheinen also die Verhältnisse heute noch dieselben zu sein, wie vor dem Königsbesuch. Mit Zustimmung des englischen Volkes wird die Regierung für

Fortsetzung der Rüstungen

Sorge tragen.

Auch im

dänischen Folkething,

das die Beratung der Verteidigungsvorlagen in Angriff nahm, spielten die Beziehungen zu Deutschland eine große Rolle in der Debatte. Der ehemalige Minister-Präsident Christensen erinnerte daran, daß der Plan einer Neutralitäts-Verteidigung nach dem Kriege 1870/71 entstanden sei und alle Bündnispläne ersetze. Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit den nordschleswigschen Brüdern sei nicht aufgegeben worden; sie sei jetzt aber nicht auf Kanonen, sondern auf das Vertrauen zum Rechtssinn des deutschen Volkes gegründet. Wenn jemand käme, um Dänemark selbst dies vorteilhafteste Bündnis anzubieten — sagte Christensen — würden wir es abschlagen müssen; wir wünschen gute, freundnachbarliche Beziehungen zu Deutschland.

Alle Redner, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, die ihren Abrüstungsantrag empfahlen, gaben der Seebefestigung Kopenhagens ihre Zustimmung. In wenigen Tagen werden auch die Parlamente Schwedens und Norwegens, sowie die belgische Kammer über Verstärkung der Landesverteidigung zum Schutze der Neutralität zu beraten haben. Unsre Nachbarn rüsten also alle. Sie treffen Maßnahmen für den Krieg, um den Frieden zu erhalten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Unter dem Vorsitze Kaiser Wilhelms hat im Berliner Königlichen Schlosse ein Kronrat stattgefunden, der etwa drei Stunden dauerte.

* Das kaiserliche Hoflager ist wieder von Berlin nach dem Neuen Palais bei Potsdam übergesiedelt.

* Der preußische Hof hat für den am 17. d. verstorbenen Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch von Rußland, den Onkel des Zaren, die Trauer auf zehn Tage, bis einschließlich den 27. d., angelegt. Der Verstorbene war ein überaus tüchtiger Offizier und einer der eifrigsten Verfechter der Selbstherrschaft.

* Der Entwurf betr. die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen, der jetzt dem Bundesrat zugegangen ist, will nicht nur im Wege der Reichsgesetzgebung eine Auslegung des Artikels 54 der Reichsverfassung im Sinne der Zulässigkeit einer solchen Abgabenerhebung herbeiführen, sondern will auch die gesetzliche Grundlage schaffen für die in den einzelnen Stromgebieten zu errichtenden Zweckverbände. In diesen sollen die Schiffahrtsinteressenten zusammengefaßt werden, einmal für die Bildung von Strombaukassen, in die die Abgaben abgeführt werden sollen, um wieder für Schiffahrtszwecke verwendet zu werden, und dann auch für andre ähnliche Einrichtungen. Allen diesen Organisationen wird das Recht der Selbstverwaltung verliehen. Der Entwurf soll möglichst bald an den Reichstag gebracht werden.

* Über die letzten Ereignisse in Kamerun: den Tod des Leutnants Reuter, die Verwundung des Oberleutnants v. Stephani und die schweren Übergriffe von Soldaten, sind jetzt ausführliche Nachrichten im Kolonialamt eingetroffen. Danach waren die Unruhen, bei denen Leutnant Reuter den Tod fand, nur örtlicher Natur und haben keinen weiteren Umfang angenommen. Die Ruhe in den betreffenden Gebieten ist bereits wiederhergestellt. Die Gefechte, die zur Verwundung des Oberleutnants v. Stephani, des deutschen Kommissars bei der deutsch-englischen Grenzfestlegung, führten, haben ausschließlich auf englischem Gebiete stattgefunden. Die Eingeborenen auf der deutschen Seite der Grenze haben die Expedition in jeder Weise unterstützt. Herr von Stephani ist bereits wieder vollständig hergestellt und leitet die Arbeiten der Grenzkommission weiter. Die Übergriffe der Soldaten, übrigens Angehörige der Polizei, nicht der Schutztruppe, waren nur auf ein kleines Gebiet beschränkt und haben nur eine lokale Erregung hervorgerufen, die keine Weiterungen veranlasse und zu dem Tode des Leutnants Reuter in keinen Beziehungen stand.

England.

* Verschiedene Blätter berichten, König Eduard werde im Laufe des Frühjahrs eine Mittelmeerfahrt unternehmen, die Trümmerstätten von Messina besuchen und dann in Neapel mit dem König Viktor Emanuel zusammentreffen. Demgegenüber wird aus London halbamtlich gemeldet, daß der König sich vorläufig nur wie alljährlich für kurze Zeit nach Biarritz begeben werde.

Balkanstaaten.

* Die Einigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei ist nunmehr endgültig zustande gekommen. Der türkische Ministerrat hat auf Antrag des neuen Großwesirs Hilmi Pascha dem Abkommen mit Österreich-Ungarn zugestimmt. Zugleich hat Hilmi Pascha strenge Befehle zum Schutze der Ausschiffung der Postpakete in Beirut, Jaffa und andern Orten gegeben. Etwaigen Ausschreitungen solle mit Waffengewalt entgegengetreten werden. Damit wird auch der Handelssperre gegen Österreich ein Ende bereitet. Ist damit für den Frieden auf dem Balkan schon ein gewichtiger Schritt getan, so hat die Türkei noch einen weiteren Beweis ihrer Friedensliebe dadurch gegeben, daß sie sich entschlossen hat, die mehrfach unterbrochenen Verhandlungen mit Bulgarien wieder aufzunehmen und unbedingt zu einem Abschluß zu bringen. Hierbei wird Rußland Vermittlerdienste leisten. Zugleich aber wird der Vertreter des Zarenreiches in Serbien zugunsten eines Abkommens mit Österreich wirken. Gegenwärtig ist zwar das Verhältnis zwischen Österreich und Serbien noch sehr gespannt, aber es darf als sicher angenommen werden, daß Rußlands Vermittelung auch hier eine Lösung der Krise herbeiführen wird.

Amerika.

* Der Senat der Ver. Staaten hat beschlossen, es künftig in das Ermessen des Präsidenten zu stellen, ob er die Flotte teilen, d. h. ein Geschwader im Atlantischen und eins im Stillen Ozean halten will. Bisher war gesetzmäßig die Flotte im Atlantischen Ozean stationiert.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die erste Beratung der Novelle zum Bankgesetz fort. Abg. Kaempf (frs. Vp.) begrüßte die Vorlage als ein gutes Gesetz. Unsre Goldwährung habe die Feuerprobe bestanden; selbst wenn ein Krieg ausbräche, könnte ihr das nichts schaden. Präsident der Reichsbank Havenstein gab seiner Genugtuung Ausdruck über die Aufnahme, die die Vorlage gefunden habe. Abg. Frank-Mannheim (Soz.) sprach sich gegen eine Verstaatlichung der Reichsbank aus. Hingegen war Abg. Raab (wirtsch. Vgg.) für Verstaatlichung. Abg. Mommsen (frs. Vgg.) erklärte, eine Verstaatlichung der Reichsbank werde niemals kommen. Solange die Reichsbank nicht selbst erkläre, sie brauche eine Erhöhung ihres Grundkapitals, sei eine solche Maßnahme auch nicht erforderlich. Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) meinte, eine reine Reichsbank würde den Vorzug haben, daß nicht mehr allgemeine Interessen mit denen der Anteilseigner zusammenstießen. Abg. Frhr. v. Gamp (freik.) bemerkte, die Reichsbank habe auch die Aufgabe, Kreditbedürfnisse zu befriedigen, und deshalb bedürfe sie einer Stärkung ihrer Mittel. Nachdem sich noch Abg. Werner (Rfp.) für die Vorlage ausgesprochen, wurde dieselbe an eine Kommission verwiesen.

Am 19. d. steht auf der Tagesordnung die Weiterberatung des sozialdemokratischen Antrages betr. Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen ländlichen Arbeitern sowie Gesinde und ihren Arbeitgebern.

Abg. Arendt-Lablau (kons.) tritt dem Antrage entgegen, der im wesentlichen doch nur bezwecke, Unzufriedenheit zu säen. Nicht die schlechte Lage der Landarbeiter sei Ursache der Landflucht, sondern vielmehr die Vergnügungssucht der Abwandernden. Daß die Arbeiter schlecht behandelt würden, sei unzutreffend. Seine Arbeiter seien seine Freunde und er der ihre. Der Redner ist im Zusammenhange außerordentlich schwer zu verstehen, namentlich auch, weil die vor der Tribüne dicht zusammengescharten Konservativen seine Ausführungen unablässig mit Beifalls- und Heiterkeitssalven begleiten. Der Präsident Graf Stolberg vermag daran nichts zu ändern, obwohl er wiederholt, durch heftiges Schütteln der Glocke vorübergehend Stille erzwingend, um mehr Ruhe bittet, da selbst er den dicht vor ihm stehenden Redner nicht verstehen könne. Zum Schluß schildert Redner noch unter erneuten Beifallskundgebungen seiner Parteifreunde, wie bei der letzten Reichstagswahl die sozialdemokratischen Agitatoren sich in seinem Wahlkreise vergeblich bemüht hätten, und wie ihnen auf seinem eigenen Gute von seinen Arbeitern gesagt worden sei: wir wissen, was wir an unserm Gutsherrn haben; macht daß ihr wegkommt!

Abg. Zubeil (soz.): Den ländlichen Arbeitern verweigert man die einfachsten Menschenrechte. In den Kontrakten steht immer nur was von Rechten der Arbeitgeber, aber nichts von denen der Arbeiter. Diese haben also nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, solche gegen die guten Sitten verstoßenden Kontrakte zu brechen. Wir verhetzen die Landarbeiter nicht. Andre Leute gebrauchen noch viel schärfere Worte über das Elend auf dem Lande. Denken Sie nur an den Prinzen Ludwig von Bayern und an die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.

Abg. Bindewald (Rfp.): Herr Zubeil sollte doch über ländliche Arbeiterverhältnisse nicht reden, er hat ja kein Verständnis dafür. Der Landarbeiter schämt sich nicht, Knecht zu sein; auch nicht auf dem Gute seines Bruders. Aus dem sozialdemokratischen Antrage spricht nur der Haß gegen die seßhafte Bevölkerung. Jeden Großgrundbesitzer will man zum Verbrecher stempeln. Ich glaube nicht, daß es besser bei uns werden würde, wenn der Zehngebote-Hoffmann Kultusminister und Herr Zubeil Landwirtschaftsminister werden würde.

Abg. Werner (dtsch. Rfp.): Das Schimpfen des Herrn Zubeil macht uns keine Sorge. Hunde, die viel bellen, beißen nicht. Woher kennt denn Herr Zubeil die Landwirtschaft? Hat er sie vielleicht in seiner Bude kennen gelernt.

Abg. Zubeil (Soz.): Woher kennt denn Herr Werner die Landwirtschaft? Nach dem parlamentarischen Handbuch war er ja Kaufmann. Wenn ich solche Gäste gehabt hätte, wie Herrn Werner, wäre ich gewiß jetzt noch Gastwirt in Berlin.

Abg. Stadthagen (Soz.) nimmt, mit stürmischen Hahn-Rufen begrüßt, das Schlußwort: Diese Brüllszene passen ja zu dem landwirtschaftlichen Thema. Der Redner sucht statistisch nachzuweisen, daß die Löhne auf dem Lande durchaus ungenügend seien. — Damit schließt die Diskussion.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen.

Abg. Werner bemerkt: Herr Zubeil hat mich gröblich beleidigt. Ich verstehe nicht, daß ihn der Präsident nicht zur Ordnung gerufen hat. Das ist recht sonderbar.

Vizepräsident Kaempf: Ich verbitte mir diese Kritik und rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Werner: Das schadet nichts.

Vizepräsident Kaempf: Für diese Antwort rufe ich Sie zum zweiten Male zur Ordnung.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Verweisung des Antrages an eine Kommission ist namentlich. Diese ergibt Annahme des Überweisungsantrages mit 209 gegen 106 Stimmen.

Es folgt die Beratung eines von den Abgg. Brandys und Gen. (Polen) beantragten Gesetzentwurfs betr. die Freiheit des Grundeigentumserwerbs.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) empfiehlt den Gesetzentwurf, der ausspricht, daß „keinem Reichsangehörigen mit Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis, die politische Gesinnung oder die Nationalität Beschränkungen irgend welcher Art bei dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundeigentum oder der Errichtung von Wohnstätten auferlegt werden dürfen. Alle entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen seien aufgehoben". Die Veranlassung zu dem Antrage sei das bekannte legislative Vorgehen gegen die Polen in Preußen. Selbst die ortsbehördliche Bescheinigung der „Königstreue" helfe einem Polen nicht über den „Erbfehler" hinweg und gewährleiste ihm nicht die Ansiedlungs-Genehmigung bezw. die Erlaubnis, auf seinem eigenen Grund und Boden zu bauen.

Abg. Graf Praschma (Ztr.): Wir stehen, wie schon 1886 unser verewigter Führer Hurne sagte, allen diesen Ansiedlungsgesetzen gegenüber auf dem Standpunkte des Rechts, der Gerechtigkeit und der allgemeinen Wohlfahrt. Das Eigentumsrecht, das unverletzlich sein sollte, wird von der preußischen Ansiedlungs-Gesetzgebung schwer verletzt. Die Eigentums-Beschränkungen erfolgen nicht aus unter Umständen berechtigten sachlichen politischen Gründen. Schon unsre christlichen Grundsätze verbieten uns, ein solches Vorgehen zu billigen.

Abg. Stadthagen (Soz.) legt ausführlich dar, es sei ganz unzweifelhaft, daß die ganze Ansiedlungsgesetzgebung in Preußen, insoweit sie Eigentums-Beschränkungen zum Ziel gehabt habe, gegen das Reichsrecht verstoße. Der vorliegende Antrag habe daher volle Berechtigung.

Abg. Goldein (frs. Vgg.): Es ist schlimm, daß ein solcher Antrag überhaupt nötig ist. Die Ansiedlungsgesetzgebung verschärft die Gegensätze im Osten.

Das Haus vertagt sich bis Mittwoch.

Um eine Fürstenkrone.

14] Roman von Reinhold Ortmann.

(Fortsetzung.)

Auf den Bänken des Zuschauerraumes befand man sich in der denkbar höchsten Spannung; der einzige, der von der allgemeinen Aufregung nicht berührt zu werden schien, war der Angeklagte Paul Wismar, der mit verschränkten Armen und tief auf die Brust gesenktem Haupte dasaß, unbekümmert um all das Geschwirr und Geflüster um ihn her.

Erst nach Verlauf von zehn Minuten traten die Richter wieder in den Saal. Der Vorsitzende bedeckte sein Haupt und verkündete, daß der Gerichtshof den Antrag des Verteidigers abgelehnt und die sofortige Vereidigung der Gräfin Hohenstein beschlossen habe. Wie ein Aufleuchten des Triumphs glitt es über Raffaellas Gesicht. Sie trat in fester Haltung abermals vor den Zeugentisch, und während sich alle im Saale Anwesenden erhoben, sprach sie dem Präsidenten mit klarer Stimme ohne Schwanken und Stocken die Eidesformel nach.

„So wahr mir Gott helfe!"

Noch eine halbe Sekunde lang blieb es totenstill. Dann aber gab es wieder Stühlerücken, Räuspern und leises Geflüster. Die Vernehmung der Gräfin Hohenstein war zu Ende, und die Reihe kam an die andern.

Graf Adelhard machte den Anfang. Er sah sehr nervös und aufgeregt aus, und auf seinen Wangen brannten rote Flecken. Sein Auftreten an diesem Orte bedeutete für ihn unverkennbar eine namenlose Pein. Mit ganz leiser Stimme gab er Antwort auf die an ihn gerichteten Fragen, und seine Erregung war so groß, daß er wiederholt stotterte und sich verbessern mußte.

Was er angab, ließ sich sehr wohl in Übereinstimmung bringen mit den Aussagen seiner Gattin. Er hatte Wismar plötzlich wie aus der Erde gewachsen vor sich stehen sehen, hatte verworrene, sinnlose Worte aus seinem Munde gehört und hatte dann eine verdächtige Bewegung wahrgenommen, die fast schon zusammengefallen sei mit dem Krachen des Schusses. Ob der Angeklagte den Revolver auf sich selbst oder auf seine Frau gerichtet habe, vermochte er mit Sicherheit nicht anzugeben. Aber er betonte, daß er das erstere für das Wahrscheinlichere halte.

Weder der Staatsanwalt noch der Verteidiger hatten weitere Fragen an ihn zu richten, und so nahm er, mit dem Taschentuche sich den Schweiß von der Stirn trocknend, an der Seite seiner Gemahlin Platz.

Der Name des Grafen Wenzel war der nächste, welcher aufgerufen wurde. Der Husarenleutnant erschien im Zivilanzuge und begrüßte das Richterkollegium sehr unbefangen sicher. Es gab eine große Bewegung, als er in seiner knappen und klaren Darstellung des dramatischen Vorganges bis zu der Erklärung gekommen war, daß er den Arm des Verbrechers in demselben Augenblick gepackt habe, als Wismar seinen Revolver auf die junge Gräfin anlegte. Der Präsident mußte sich wieder durch ein Glockenzeichen Ruhe verschaffen, ehe er den Zeugen fragen konnte:

„Haben Sie genau gesehen, daß der Angeklagte auf die Gräfin gezielt?"

„Gewiß! Er stand ja unmittelbar neben mir und als ich die verdächtige Handbewegungen wahrnahm, konnte ich nicht darüber im Zweifel sein, was er im Schilde führte."

„Das heißt: die vorausgegangenen Worte Wismars hatten die Vermutung in Ihnen erzeugt, daß es sich um einen Anschlag auf das Leben der Gräfin handeln solle. Hätten Sie es denn unbedingt sehen müssen, wenn er die Waffe auf die junge Frau, die ihm gegenüber saß, oder auf die eigene Stirn gerichtet hätte?"

„Ich glaube wohl, daß mir das schwerlich hätte entgehen können, und die Richtung des Schusses spricht ja auch mit unzweifelhafter Bestimmtheit gegen eine solche Annahme."

„So sollte man meinen. Aber es ist hier eine Zeugenaussage abgegeben worden, die zu Ihrer Darstellung in direktem Gegensatz steht. Nach dieser Aussage soll lediglich Ihr rasches Zugreifen die Lage des Revolvers verändert und der Kugel jene Richtung auf die Gräfin Hohenstein gegeben haben, während sie nach der Absicht des Angeklagten seinen eigenen Kopf hatte treffen sollen. Halten Sie das für möglich?"

Graf Wenzel Hohenstein antwortete nicht auf der Stelle. Er wußte genau, daß vor ihm nur Adelhard und Raffaella vernommen worden waren, und er war nicht eine Sekunde lang im Ungewissen, auf welche Aussage sich die Worte des Vorsitzenden bezogen. Aber er schien einiger Überlegung zu bedürfen, ehe er zu einem Entschluß über die Haltung kam, die er selber diesem von Raffaella ersonnenen Märchen gegenüber einzunehmen habe. Und sein Zaudern konnte nichts Auffälliges haben, da es bei einem solchen Verhalten nur natürlich war, daß er sich den Sachverhalt nochmals vergegenwärtigte.

Dann erhob er entschlossen den Kopf und antwortete:

„Ich möchte eine Sinnestäuschung in diesem Punkte zwar für wenig wahrscheinlich, aber doch keineswegs für völlig ausgeschlossen halten. Alle diese Dinge, von denen hier die Rede ist, vollzogen sich ja während einer so geringfügigen Zeitspanne, daß ein Irrtum in der Beurteilung einer einzelnen Handbewegung wohl bei jedem Zuschauer als möglich angenommen werden kann. Wenn einer der Anwesenden mit voller Bestimmtheit gesehen haben will, daß jener Mensch auf sich selbst gezielt hat, wenn er diese Behauptung vielleicht sogar eidlich zu erhärten vermag — dann, Herr Präsident —" und er begleitete diese Worte mit einem bedeutsamen Achselzucken — „werde ich mich für meine Person wohl zu der Annahme bequemen müssen, das Opfer einer Täuschung geworden zu sein."

Dieser kaum erwartete Rückzug des jungen Offiziers brachte einen fast ebenso tiefen Eindruck hervor, als vorhin die überraschende Verkündung der Gräfin Raffaella. Die Beurteilung der Tat, die anfänglich scheinbar eine so einfache gewesen war, stellte sich mehr und mehr als eine überaus schwere heraus, und eindringlicher als zuvor wiederholte der Vorsitzende seine Mahnung an den Angeklagten, sich endlich auch seinerseits zu einer Erklärung zu verstehen.